

Resolutionsentwurf Verwaltungsrat Mouvement Ecologique

Freihandelsabkommen CETA und TTIP: Aufruf an die Regierung, die Abgeordnetenkammer und die politischen Parteien

Der Kongress 2015 des Mouvement Ecologique stellt fest, dass:

- der ökonomische Nutzen der derzeit zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen äußerst kritisch zu hinterfragen ist. Studien, u.a. der Universität Manchester, gehen sogar von Arbeitsplatzverlusten von über einer Million aus (u.a. durch Verlagerungen von Produktionsstandorten und Wettbewerbsverschärfungen);
- sich die Vorgehensweise der Verhandlungspartner nach wie vor durch eine hohe Intransparenz auszeichnet: auch wenn die Verhandlungsmandate offen liegen, werden zentrale Dokumente nach wie vor geheim gehalten resp. sind nur recht schwer einsehbar;
- die demokratische Legitimation für die Freihandelsabkommen nicht gegeben ist: juristische Regelwerke, die ins tiefste in die Organisation unserer Gesellschaft eingreifen (Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Umwelt, Soziales...), können u.a. aufgrund des Ausmaßes nicht einer demokratischen Debatte unterliegen;
- europäische Standards im sozialen und Umweltbereich torpediert werden, wie es u.a. der Entwurf des CETA Abkommens aufzeigt und wie es auch im Rahmen der TTIP Verhandlungen wohl der Fall sein wird (Stichwort z.B. Problematik des in Amerika nicht angewandten Vorsorgeprinzips)
- darüber hinaus Standards vor allem auch festgefroren werden ("regulatorische Kooperation"), d.h. Verschärfungen aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse wohl kaum noch möglich sind bzw. nur unter Zustimmung aller Verhandlungspartner, also aller Mitgliedsstaaten und auch Amerika;
- die Freihandelsabkommen ohne Zweifel vor allem großen Investoren und Multinationals zu Gute kommen würden;
- der Impact auf sogenannte Entwicklungsländer, die außen vor stehen und sich "unseren Gegebenheiten" anpassen müssen, um noch auf dem Markt zu bestehen, unweigerlich negativ sein wird;
- die geplanten Schiedsgerichte, auch in der derzeit zur Diskussion stehenden modifizierten Form, einem modernen Rechtsstaat nicht würdig sind;
- die Verabschiedung von CETA und TTIP fundamental die Politikgestaltung weg von Parlamenten hin zu Investoren verlagern würde (Stichworte: Investorenschutz, Einfrieren von Standards)
- die geopolitischen Überlegungen, die auch auf dem Konkurrenzdenken bzw. der Abschottung vom asiatischen und russischen Raum basieren, nicht offen genug diskutiert werden, obwohl sie von enormer Tragweite sind.

und fordert entsprechend alle politischen Parteien, die Abgeordnetenkommer, die Europaparlamentarier sowie die Regierung auf

- eine breite sachliche Debatte über die Freihandelsabkommen in der Öffentlichkeit zu gewährleisten unter Beteiligung aller Akteure der Zivilgesellschaft sowie mit Hilfe der Medien
- sich gegen jede Form der Gerichtsbarkeit außerhalb staatlicher Gerichte zu stellen - auch gegen die derzeit in abgeänderter Form zur Diskussion stehenden Schiedsgerichte;
- sich offensiv gegen derart umfassende Freihandelsabkommen auszusprechen und alternativerweise für Abkommen, in denen lediglich Harmonisierungen tarifärer und technischer Natur erfolgen, einzusetzen;
- sich im Europaparlament bei der anstehenden Debatte zu CETA und TTIP für eine starke Resolution im Sinne von Sozial- und Umweltstandards einzusetzen;
- formal zu erklären, dass Luxemburg auf der Anwendung eines sogenannten "mix agreement" besteht, d.h. dass auch die nationalen Parlamente - demnach auch in Luxemburg - die Abkommen ratifizieren müssen.
- **sich den Forderungen der weit über 375 Organisationen der Zivilgesellschaft aus 25 Ländern anzuschließen:**
 - * Schaffung sofortiger Transparenz sowie eines demokratischen Prozesses
 - * Ablehnung der Investor-Staat Schiedsgerichtsbarkeit
 - * Keine Deregulierung von sozialen und Umweltstandards
 - * Keine Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
 - * Förderung menschenwürdiger und umweltverträglicher landwirtschaftlicher Praktiken und Schutz kleinbäuerlicher Betriebe
 - * Keine Beschränkungen der internationalen und europäischen Menschenrechtsstandards.